

Datum: 21.11.2022

**An die Vorsitzende/den Vorsitzenden des  
Stadtentwicklungsausschusses**

## **Antrag**

### **Aufnahme in die Tagesordnung**

| Gremium                           | Sitzung am | Beratung   |
|-----------------------------------|------------|------------|
| <b>Stadtentwicklungsausschuss</b> | 29.11.2022 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Innenentwicklung und Nachverdichtung, FDP Antrag vom 21.11.2022**

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:**

1. Der Rat erkennt eine Notwendigkeit der Innenentwicklung im Sinne einer Nachverdichtung an. Als wachsendes Oberzentrum steht Bielefeld vor der enormen Herausforderung, zusätzliche Räume und Flächen für Wohnen, Gewerbe, Dienstleistungen und sonstige Nutzungen zu schaffen und damit verbunden auch weiteres Bauland entwickeln zu müssen. Es bedarf einer enormen Kraftanstrengung aller Akteure, um im Einklang von Anrainern, der Umwelt, Investoren, der Verwaltung, Politik und der gesamten Stadtgesellschaft zu schnellen und von einer breiten Mehrheit getragenen Ergebnissen zu kommen.
2. Stehen Bauanträgen, die das Ziel von Aufstockungen von Gebäuden oder der Erschließung von Baulücken, Bauen in zweiter Reihe oder sonstiger Nachverdichtungsbestrebungen haben, bestehende Beschlüsse entgegen, sollen dem Stadtentwicklungsausschuss automatisch entsprechende Beschlussvorlagen für Ausnahmegenehmigungen vorgelegt oder im Falle anderweitiger Hinderungsgründe Informationsvorlagen erstellt werden.
3. Um die Bauverwaltung zu entlasten, soll ein externes Büro damit beauftragt werden ein offizielles Baulückenkataster zu erstellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt verstärkt auf das Element des städtebaulichen Vertrages zu setzen. Insbesondere die Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen, wie die Neuordnung der Grundstücksverhältnisse, die Bodensanierung und sonstige vorbereitende Maßnahmen, die Erschließung, die Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen sowie erforderlichenfalls des Umweltberichts, sollen möglichst aus der Verwaltung ausgelagert werden.
5. Die Verwaltung berichtet jährlich über den Umsetzungsstand dieses Beschlusses.

Unterschrift:

gez. Rainer Seifert  
Ratsmitglied